

Kleine Anfrage 2916

der Abgeordneten Iris Schülzke (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

an die Landesregierung

Kostensteigerungen bei der Umsetzung der Eisenbahnkreuzungsvereinbarungen

Verschiedene Gemeinden informieren, dass es bei der Umsetzung der Eisenbahnkreuzungsvereinbarungen, speziell beim Bau der Anlagen erhebliche Kostensteigerungen gibt. Die Gemeinden haben wenig Einfluss auf die Bauausführung, keinen Einfluss auf den Baufortschritt und den Kostenentwicklungen. Die Gemeinde Heideblick ist an den Eisenbahnkreuzungen in Pitschen-Pickel und Walddrehna beteiligt. Für die Eisenbahnkreuzung in Walddrehna wurde am 13.06.2016 eine Eisenbahnkreuzungsvereinbarung in Höhe von 6,9 Mio. € Gesamtkosten von der Gemeinde unterschrieben. Im Rahmen der Ausführungsplanung kam es zu Änderungen beim Bauwerk mit Kostensteigerung. Durch die DB Netz AG wurde im Juni 2017 der Gemeinde eine neue Kreuzungsvereinbarung mit Gesamtkosten in Höhe von 11,6 Mio € vorgelegt. Die Gemeinde Heideblick bekommt 2017 allgemeine investive Schlüsselzuweisungen in Höhe von 126 TEUR. Unter der Voraussetzung, dass die Gemeinde den erhöhten Fördersatz von 90 v.H. bekommt verbleibt ein Eigenanteil von 1,2 Mio €. Ein weiteres Problem sind die nicht förderfähigen Kosten für Grunderwerb und landschaftspflegerische Begleitmaßnahmen. Diese betragen ca. 20 v.H. der Baukosten, im konkreten Fall rund 2,3 Mio €. Davon hat die Gemeinde 1/3 somit zusätzlich zu tragen, das entspricht 775,8 TEUR. Das bedeutet, wenn die Gemeinde im Idealfall eine Förderung von 100 v.H. der förderfähigen Kosten bekommen würde, wäre der Eigenanteil auf Grund der nicht förderfähigen Kosten 775,8 TEUR.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Hilfen können Gemeinden für die stark steigenden Eigenanteilsverpflichtungen in Anspruch nehmen?(Bitte alle konkret benennen)
2. Welche fachlichen Unterstützungen erhalten die Gemeinden für die Prüfung der Notwendigkeit der Ursachen der Mehrkosten und von wem?
3. Ist es rechtens, wenn Kreuzungsvereinbarungen abgeschlossen werden, das Dritte, wie die DB Netz AG, die Gemeinden zu derartigen Mehrkostenbeteiligungen verpflichten können?

4. Was passiert, wenn eine Gemeinde keine Kreuzungsvereinbarung unterschreibt, wird die Baumaßnahme dann ausgesetzt oder gibt es andere Folgen?(Bitte erläutern)
5. Welche Hilfe bekommen die Gemeinden für den Anteil der nichtförderfähigen Kosten?
6. Ist der Fortbestand der zuständigen Bewilligungsbehörde des Landesbetriebes für Straßenwesen bis zum Zeitpunkt des Vorliegens der Schlussrechnungen gewährleistet? Bisher ist die Bewilligungsstelle bis 2019 vorgesehen, die DB Netz AG hat angekündigt, dass die Schlussrechnungen voraussichtlich erst 2019 vorliegen?
7. Wer ist dann für die Bewilligungen und Kontrollverfahren zuständig?